

Humanitäres Völkerrecht

Journal of International Law
of Peace and Armed Conflict

Band 4 | 2021 | Heft 1–2

THEMENSCHWERPUNKT

**Krisensituationen
im Völkerrecht**

**Situations of Crises
in International Law**

Mit Beiträgen von

ALENA DOUHAN

TERESA MÖRTH/GERD OBERLEITNER

KIMBERLEY J. GRAHAM | ELIZABETH B.

HESSAMI | MASA NAGAI

ROUVEN DIEKJOBST

VALENTINA AZAROVA

ZIA AKHTAR

MARISHET M. HAMZA

Inhaltsverzeichnis | Table of Contents

- 3 **Editorial (dt.)**
- 6 **Editorial (eng.)**
- Beiträge | Notes and Comments**
- Artikel | Articles
- 8 **COVID-19 as a Challenge to International Solidarity: Legal Regime and Application of Unilateral Sanctions in the Course of the Pandemic**
Alena Douhan
- 23 **COVID-19 as a ‘Threat to the Life of the Nation’ in International Human Rights Law: Diverging State Practice**
Teresa Mörth/Gerd Oberleitner
- 35 **Towards Enhanced Protection of the Marine Environment and Vulnerable Populations in Relation to Armed Conflicts**
Kimberley J. Graham/Elizabeth B. Hessami/Masa Nagai
- 50 **Sea-Level Rise and Public International Law: The Case of ‘Lost’ States**
Rouven Diekjobst
- Aktuelle Entwicklungen im humanitären Völkerrecht |
Current developments in international humanitarian law
- 62 **‘Zone of Non-Responsibility’: The Arms Trade Treaty and the Licensing of Violence**
Valentina Azarova
- 87 **Loya Jirga and the Pashtun Tribes: Can a Truth, Justice, and Reconciliation Commission Restore the Trust of the Tribal Communities of the Khyber Pass?**
Zia Akhtar
- 98 **Fragmented Armed Groups in International Humanitarian Law**
Marishet M. Hamza
- Panorama | Panorama**
- Buchbesprechungen | Book Reviews
- 112 **Private Security and Identity Politics**
Math Noortmann
- 114 **Challenges and Chances of a Written State Report**
Jan-Phillip Graf
- 117 **International Heritage Law for Communities**
Laura Hofmann

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde des humanitären Völkerrechts,

wir freuen uns, Ihnen die erste Ausgabe unserer Zeitschrift **Humanitäres Völkerrecht** (HuV) im Jahr 2021 präsentieren zu dürfen. Den Schwerpunkt dieses Heftes bilden „Krisensituationen im Völkerrecht“, weshalb rechtliche Fragen bezüglich COVID-19 sowie des Klima- und Umweltschutzrechts im Mittelpunkt stehen. Die vier ausgewählten Beiträge befassen sich mit den Auswirkungen unilateraler Sanktionen auf sanktionierte Länder und deren Bevölkerung während der COVID-19-Pandemie, den Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung der Pandemie im Lichte der Menschenrechte, den Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes der Meeresumwelt und der Umwelt vulnerabler Gruppen im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten sowie Fragen, die der Meeresspiegelanstieg in Bezug auf das Menschenrechtssystem und die Staatlichkeit aufwirft.

Prof. Dr. Dr. habil. Alena F. Douhan (Sonderberichterstatteerin zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen bei den Vereinten Nationen) eröffnet die Ausgabe mit einem Artikel über die Auswirkungen unilateraler Sanktionen auf die Inanspruchnahme von Menschenrechten und die Wirksamkeit humanitärer Ausnahmen während der COVID-19-Pandemie. Der Artikel konzentriert sich auf solche unilateralen Sanktionen, die ohne oder jenseits von Ermächtigungen des UN-Sicherheitsrats verhängt wurden, und gibt einen umfassenden Überblick über aktuelle Sanktionen, insbesondere die der Vereinigten Staaten. **Dr. Teresa Mörth und Prof. Dr. Gerd Oberleitner** (Universität Graz) setzen sich in ihrem Beitrag „COVID-19 als ‚Bedrohung für das Leben der Nation‘: Eine Untersuchung von Staatenpraxis während der Coronapandemie aus menschenrechtlicher Perspektive“ mit verschiedenen Notfallmaßnahmen von Staaten bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie auseinander. Der Artikel erörtert, ob ein Virus eine ‚Bedrohung für das Leben der Nation‘ darstellen kann, die die Anwendbarkeit der Notstands- und Ausnahmebestimmungen internationaler Menschenrechtsverträge rechtfertigt. Vor diesem Hintergrund werden die unterschiedlichen Ansätze zur Bekämpfung der Pandemie verglichen und bewertet. Der Fokus liegt dabei auf der Unterscheidung zwischen formellen und informellen Notfällen und zwischen Einschränkung und Ausnahmeregelung. Der Beitrag von **Kimberley J. Graham, Elizabeth B. Hessami und Masa Nagai** (Mitglieder der Weltnaturschutzunion, Weltkommission für Umweltrecht, Expertengruppe für Frieden, Sicherheit und Konflikt) befasst sich mit dem Prinzipienentwurf der Völkerrechtskommission zum Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten und erörtert, wie dieser den Umweltschutz sowie die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen verbessern kann. Der Artikel konzentriert sich auf den Schutz von Meereslebewesen und der Meeresumwelt sowie auf zwei besonders betroffene Gruppen: indigene Völker und Vertriebene. **Rouven Diekjobst** (Ruhr-Universität Bochum) untersucht in seinem Beitrag den Fall von aufgrund des Meeresspiegelanstiegs ‚verlorener‘ Staaten. Sein Beitrag diskutiert die Angemessenheit des Menschenrechtssystems zum Schutz betroffener Individuen, sowie die Frage welche

möglichen Folgen sich für die Staatlichkeit betroffener Staaten aufgrund des Meeresspiegelanstiegs ergeben. Im Rahmen der Analyse werden vier Szenarien für den Status eines Staates als Völkerrechtssubjekt im Falle eines vollständigen Verlustes des ursprünglichen Staatsgebietes dargestellt und Lösungswege vorgestellt.

Ergänzt wird dieser Schwerpunkt durch drei Beiträge zu aktuellen Entwicklungen im humanitären Völkerrecht. Diese untersuchen das (inter)nationale Rüstungskontrollrecht und die Rechenschaftspflicht für unrechtmäßige Hilfeleistung, die Eignung alternativer Streitbeilegungsmethoden indigener Völker zur Aufarbeitung der Folgen des ‚Krieges gegen den Terror‘ und die Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts bei Beteiligung fragmentierter bewaffneter Gruppen.

Im Kontext der kontinuierlichen Waffentransfers im Zusammenhang mit dem andauernden Konflikt im Jemen untersucht **Dr. Valentina Azarova** (Rechtsanwältin, Rechtsberaterin des Global Legal Action Network) den Zustand internationaler und nationaler Gesetze im Zusammenhang mit der Kontrolle rechtswidriger Waffengeschäfte. Der Artikel analysiert die Auswirkungen der Rechtspraxis auf das internationale Rüstungskontrollrecht und die Rolle nationaler Genehmigungssysteme. Auf dieser Grundlage sucht sie Lösungsansätze, um Staaten und Unternehmen für die unrechtmäßige Unterstützung schwerer Verletzungen des Völkerrechts zur Rechenschaft zu ziehen. Der Beitrag *„Loya Jirga und die Stämme der Paschtunen: Kann eine Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung das Vertrauen der Stammesgemeinschaften des Khyber-Passes wiederherstellen?“* von **Zia Akhtar** (Universität Sussex) beleuchtet das Problem der Diaspora der Paschtunen aufgrund des ‚Krieges gegen den Terror‘ in den Stammesgebieten. Er untersucht die Menschenrechtsverletzungen, die die Stämme erlitten haben, und erörtert, ob die *Loya Jirga* („Große Versammlung“) der Paschtunen das geeignete Forum ist, um diese Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten, Vertrauen wiederherzustellen und eine Übergangsjustiz einzuleiten. **Marishet M. Hamza** (Graduate Institute of International and Development Studies, Genf) diskutiert in seinem Beitrag das Problem der Beurteilung der Intensitäts- und Organisationsschwellen für der Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts im Rahmen nicht-internationaler bewaffneter Konflikte mit zunehmender Beteiligung fragmentierter bewaffneter Gruppen. Die Problematik wird für vier Arten fragmentierter bewaffneter Gruppen (Koalitionen, aufgelöste und abgespaltene bewaffnete Gruppen sowie in lokale Gemeinschaft eingebettete bewaffnete Gruppen) anhand von aktuellen Fallbeispielen detailliert dargestellt und analysiert. Auf dieser Grundlage werden praktische Lösungen für die Bewertung der Schwellenwerte bei fragmentierten bewaffneten Gruppen vorgeschlagen.

Aberundet wird diese Ausgabe durch drei Buchbesprechungen. **Prof. Dr. Math Noortmann** (Institute for Peace, Security and Social Justice, Universität Coventry), diskutiert Jutta Joachim und Andrea Schneikers *„Private Security and Identity Politics: Ethical Hero Warriors, Professional Managers and New Humanitarians“*, erschienen im Routledge-Verlag. Jule Giegling *„Challenges and Chances of a Written State Report: Analysis and Improvement of a Monitoring Instrument on the Implementation of Human Rights“*, erschienen im Berliner Wissenschafts-Verlag, wird von **Jan-Phillip Graf** (Ruhr-Universität Bochum) besprochen. **Laura Hofmann** (Ruhr-Universität Bochum) rezensiert Lucas Lixinskis *„International Heritage Law for Communities: Exclusion and Re-Imagination“*, erschienen bei Oxford University Press.

Liebe Leserinnen und Leser, wir hoffen, Sie bleiben dem humanitären Völkerrecht und uns gewogen. Wir wünschen Ihnen eine lehrreiche und anregende Lektüre und hoffen, dass diese Sonderausgabe Ihnen neue Einblicke in aktuelle Krisensituationen im Völkerrecht gewährt.

Ihre

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze, Prof. Dr. Pierre Thielbörger und Lisa M. Cohen

Editorial

Dear readers,

we are pleased to present the first issue of our **Journal of International Law of Peace and Armed Conflict** (JILPAC) in the year 2021. Under the topical focus of “Situations of Crises in International Law”, this issue explores international legal perspectives on COVID-19 and climate change related issues. Within the scope of four articles, it explores the impact of unilateral sanctions on sanctioned countries and their populations during the COVID-19 pandemic, the different measures taken to combat and contain the pandemic in light of human rights law, opportunities for the improvement of the protection of the marine and vulnerable groups’ environments in relation to armed conflict, and the intricate consequences of sea-level rise for the human rights system and statehood.

Prof. Dr. Dr. hab. Alena F. Douhan (United Nations Special Rapporteur on the negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights) opens this issue with her article “COVID-19 as a challenge to international solidarity: Legal Regime and Application of Unilateral Sanctions in the Course of the Pandemic”, which examines the impact of unilateral sanctions on the enjoyment of human rights and the efficacy of humanitarian exemptions during the pandemic. The article focuses on unilateral sanctions imposed without or beyond the authorisation of the Security Council and provides an extensive overview over current sanctions, in particular those imposed by the United States. In “COVID-19 as a ‘Threat to the Life of the Nation’ in International Human Rights Law: Diverging State Practice”, **Dr. Teresa Mörth and Prof. Dr. Gerd Oberleitner** (University of Graz) provide an overview over and compare states’ emergency measures in countering the COVID-19 pandemic. Their article discusses whether a virus can pose a ‘threat to the life of the nation’, triggering the emergency and derogation provisions of international human rights treaties. It focuses on the distinction between formal and informal emergencies and investigates the difference between limitation and derogation. The contribution of **Kimberley J. Graham, Elizabeth B. Hessami, and Masa Nagai** (members of the IUCN World Commission on Environmental Law, Peace, Security and Conflict Specialist Group) examines how the International Law Commission’s Draft Principles on the Protection of the Environment in Relation to Armed Conflicts might enhance the protection of the environment and the implementation of the United Nations’ Sustainable Development Goals. Their analysis focuses on the protection of the marine environment as well as two vulnerable groups specifically affected by their environments: indigenous people and displaced persons. **Rouven Diekjobst** (Ruhr-University Bochum) discusses the case of states ‘lost’ due to sea-level rise. He examines the adequacy of the human rights system for offering protection to affected individuals as well as the consequences of sea-level rise for the statehood of affected states. Within the analysis, he considers four possible scenarios of what happens to a state’s status as a subject of international law after a complete loss of its original territory and proposes possible solutions to some of the pressing issues.

In exploring current developments in international humanitarian law, three contributions analyse implications of international arms control law and accountability for wrongful assis-

tance, the suitability of tribal means of alternative dispute resolution to ensure accountability for human rights violations in the aftermath of the ‘war on terror’, and the applicability of international humanitarian law to different types of fragmented armed groups.

In her contribution “Zone of Non-Responsibility: The Arms Trade Treaty and the Licensing of Violence”, **Dr. Valentina Azarova** (Lawyer, Legal Advisor to the Global Legal Action Network) examines the state of international and national laws in relation to the governance of violative arms dealings. The article focuses on unlawful arms transfers linked to the ongoing conflict in Yemen and reflects on the perilous legal landscape for contesting arms transfers and the challenge of crafting interventions that are critical of the non-responsibility for arms supply relationships as a structural condition of global inequality. The article “*Loya Jirga* and the Pashtun Tribes: Can a Truth, Justice and Reconciliation Commission Restore the Trust of the Tribal Communities of the Khyber Pass?” by **Zia Akhtar** (University of Sussex) highlights the problem of the diaspora of the Pashtun people and their grievances due to the ‘war on terror’ in the tribal regions. It examines the human rights violations suffered by the Pashtun tribes and discusses whether the tribal *Loya Jirga* (“grand assembly”) is the appropriate forum for ensuring accountability and initiating transitional justice. **Marishet M. Hamza** (Graduate Institute of International and Development Studies, Geneva) discusses the problem of assessing the intensity and organisation thresholds of international humanitarian law applicability to non-international armed conflicts for increasingly fragmented armed groups. Four types of fragmented armed groups, coalitions, disintegrated and splinter armed groups, and community-embedded armed groups are discussed in detail with reference to contemporary case studies. On this basis, the article proposes practical solutions for the assessment of the two thresholds when dealing with fragmented armed groups.

The issue concludes with three book reviews. **Prof. Dr. Math Noortmann** (Institute for Peace, Security and Social Justice, Coventry University) discusses Jutta Joachim and Andrea Schneider’s “Private Security and Identity Politics: Ethical Hero Warriors, Professional Managers and New Humanitarians”, published by Routledge. Jule Giegling’s “Challenges and Chances of a Written State Report: Analysis and Improvement of a Monitoring Instrument on the Implementation of Human Rights”, published by Springer, is examined by **Jan-Phillip Graf** (Ruhr-University Bochum). **Laura Hofmann** (Ruhr-University Bochum) analyses Lucas Lixinski’s “International Heritage Law for Communities: Exclusion and Re-Imagination”, published by Oxford University Press.

Dear readers, we hope you will find this issue instructive, that it will contribute to your continuing interest in international humanitarian law, and that it will provide you with new insights into current situations of crises in international law.

Sincerely

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze, Prof. Dr. Pierre Thielbörger, and Lisa M. Cohen

COVID-19 as a Challenge to International Solidarity: Legal Regime and Application of Unilateral Sanctions in the Course of the Pandemic

ALENA DOUHAN

Abstract The COVID-19 pandemic, as an emergency situation, challenges the existing system of international relations and institutes additional threats to every individual around the world. This article provides an overview of threats from the pandemic within the United Nations' concept of international solidarity, demonstrates developments of sanctions regimes imposed by individual states and regional organisations without or beyond authorisation of the United Nations Security Council, and assesses their impact on the enjoyment of different categories of human rights as well as the efficacy of humanitarian exemptions and availability of humanitarian aid.

Keywords unilateral sanctions, human rights, solidarity, COVID-19 pandemic, humanitarian exemptions, humanitarian aid

COVID-19 als Herausforderung für die internationale Solidarität:
Rechtliches Regime und Anwendung unilateraler Sanktionen im Rahmen der Pandemie

Abstract Die COVID-19-Pandemie stellt als Notsituation das bestehende System der internationalen Beziehungen in Frage und verursacht zusätzliche Bedrohungen für jeden Einzelnen. Dieser Artikel gibt einen Überblick über die Bedrohungen durch die Pandemie im Rahmen des Konzepts der internationalen Solidarität der Vereinten Nationen und zeigt Entwicklungen von Sanktionsregimen einzelner Staaten und regionaler Organisationen auf, die ohne oder jenseits einer Ermächtigung des Sicherheitsrats verhängt wurden. Anschließend untersucht der Beitrag die Auswirkungen unilateraler Sanktionen auf den Genuss verschiedener Kategorien von Menschenrechten sowie die Wirksamkeit humanitärer Ausnahmen und die Verfügbarkeit humanitärer Hilfe.

Keywords unilaterale Sanktionen, Menschenrechte, Solidarität, COVID-19 Pandemie, humanitäre Ausnahmen, humanitäre Hilfe

Prof. Dr. Dr. hab. Alena F. Douhan is a professor for International Law at the Belarusian State University. From October 2020 to February 2021, she was a visiting professor at the Institute for International Law of Peace and Armed Conflict (IFHV) at the Ruhr University Bochum. Since March 2020 she is the United Nations Special Rapporteur on the negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights. The current article provides an academic opinion of the author and should not be interpreted as the official position of any United Nations organ. Contact: Belarusian State University, Leningradskaya Str. 20, 220030 Minsk, Belarus. Email: douhan@bsu.by.

1 Introduction

The COVID-19 pandemic constitutes a global challenge to the world community and the whole system of human rights. It challenges the ability of states and international organisations to work together in the spirit of multilateralism, cooperation, and solidarity to guarantee that no one will be left behind and deprived of medical help. COVID-19 is threatening to overwhelm public health care systems and has devastating impacts across the world on all spheres of life. Every person around the world is affected and endangered.¹

Many states have to deal with the shortage of medicines, medical equipment, food, and other vital supplies because of the increased demand, rising prices, and the expanding economic crisis. This situation is particularly severe for countries targeted by unilateral sanctions, as they already hinder the participation of these states in the international trading system.² The United Nations (UN) Charter³ confers the exclusive authority to take enforcement measures for the maintenance of international peace and security on the UN Security Council (Chapter VII). Yet today, the world community witnesses the expanding application of unilateral sanctions by states and international organisations without or beyond the Security Council's authorisation.

Contemporary economic and health crises and the insufficiency, non-transparency, and extraterritoriality of sanctions related civil and criminal national legislation increase the importance of the legal regime and highlight the humanitarian impact of unilateral sanctions during the pandemic.

2 Challenges of the COVID-19 Pandemic

The COVID-19 pandemic is one of the most serious threats and challenges to the international community today, affecting every part of the world, every state, and every individual. Besides the evident health crisis, the world is to face long-term consequences of economic crisis,⁴ food and nutrition insecurity,⁵ risks for education because of school closures, especially for those in poor and rural areas, women, and girls,⁶ unequal access to digital means,⁷ and escalating mental health challenges⁸. The UN and the International Labour Organization (ILO) notice increas-

1 See UN General Assembly (UNGA), Negative Impact of Unilateral Coercive Measures on the Enjoyment of Human Rights, Part II, 21 July 2020, A/75/209.

2 See in particular: UN Human Rights Council, Negative Impact of Unilateral Coercive Measures: Priorities and Road Map, Part III, 21 July 2020, A/HRC/45/7.

3 Charter of the United Nations, 26 June 1945, 1 UNTS XVI.

4 UNGA, United Response Against Global Health Threats: Combating COVID-19, 11 September 2020, A/RES/74/307, preamble; UN, A UN Framework for the Immediate Socio-economic Response to COVID-19, https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/un_framework_report_on_covid-19.pdf (accessed on 27.01.2021).

5 UN, Policy Brief: The Impact of COVID-19 on Food Security and Nutrition, https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_policy_brief_on_covid_impact_on_food_security.pdf (accessed on 27.01.2021).

6 UNGA, Women and Girls and the Response to the Coronavirus Disease (COVID-19), 16 December 2020, A/RES/75/157, para. 9; UN, Policy Brief: Education during COVID-19 and Beyond, August 2020, https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_policy_brief_covid-19_and_education_august_2020.pdf (accessed on 27.01.2021).

7 *Id.*, para. 6.

8 UN, Policy Brief: COVID-19 and the Need for Action on Mental Health, https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/un_policy_brief-covid_and_mental_health_final.pdf (accessed on 27.01.2021).